



**I M R A T H A U S**

**Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund**

An die  
Medien

17.06.02

## **Presseerklärung**

### **Finanzstreit nicht auf dem Rücken von Kindern und Eltern austragen!**

In der Auseinandersetzung mit Eltern schwerstmehrfachbehinderter, schulpflichtiger Kinder lehnte das Sozialamt eine Finanzierungspflicht für *Integrationshelfer* immer wieder mit dem Verweis auf die Nachrangigkeit der Sozialhilfe vor Leistungen anderer Kostenträger ab. Das Land als Schulträger habe für eine entsprechende personelle Ausstattung der Schulen Sorge zu tragen, die kommunal finanzierte Integrationshelfer überflüssig mache.

Noch in der vergangenen Sitzung des Sozialausschusses währte sich die Sozialverwaltung auf der sicheren Seite - Dezernent Pogadl wies eine städtische Verpflichtung zur Finanzierung von Integrationshelfern, die schwerstmehrfachbehinderten Kindern beim Schulbesuch in Sonderschulen mit allen nötigen Hilfen beistehen, weit von sich.

Eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes Münster gibt nun den klagenden Eltern Recht. Gemäß Bundessozialhilfegesetz besteht eine gesetzliche Verpflichtung der Stadt als örtlichem Träger der Sozialhilfe, zur Sicherung der Schulpflicht auch dieser Kinder Integrationshelfer zu finanzieren, wenn entsprechende personelle Ressourcen an den Schulen nicht zur Verfügung stehen. Eltern stehen nicht in der Pflicht, diese Hilfe ganz oder teilweise aus eigener Tasche zu finanzieren, um ihrem Kind den Schulbesuch zu ermöglichen. Dies ist und bleibt Aufgabe staatlicher Stellen.

"Damit ist ein Schlussstrich gezogen unter eine Auseinandersetzung, die Jahre dauerte und die Eltern behinderter Kinder zusätzlich belastete," so Birgit Unger, sozialpolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN. „Menschen mit Behinderung bzw. ihre gesetzlichen Vertreter müssen ihre Rechte nutzen können. Dass hier Eltern in Vertretung für ihre Kinder jahrelange Prozesse führen mussten, ist unerträglich. Ungeklärte Zuständigkeiten müssen auf den zuständigen Ebenen ausgetragen werden und dürfen nicht zu persönlichen Konflikten der betroffenen Menschen werden."



**IM RATHAUS**

**Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund**

Bündnis 90/Die Grünen werden die Sozialverwaltung auffordern, in zukünftigen Fällen unklarer Rechtslagen die rechtliche Auseinandersetzung direkt mit den vermuteten anderen zahlungspflichtigen Stellen zu führen.